



sozialistisches forum rheinland

SoFoR-Info für das Rheinland, Nr. 48, März 2012

Zwischen Systemkritik, Ohnmachtserfahrung und Widerstand

von Richard Detje

„Wachsende Systemkritik“ ist ein mittlerweile gesicherter Befund der Meinungsforschung. So ist mittlerweile die Hälfte der Bundesbürger der Auffassung, dass der Kapitalismus nicht mehr in die heutige Welt passe. „1992, als die Erinnerung an die Rivalität von Kapitalismus und Sozialismus noch lebendig war, assoziierten 48% der Bürger Kapitalismus mit Freiheit, heute nur noch 27%. Assoziationen mit Fortschritt sind im selben Zeitraum sogar von 69 auf 38% zurückgegangen, die Verbindungen mit Ausbeutung dagegen von 66 auf 77% gestiegen.“ (Renate Köcher) Doch diese Kritik scheint nahezu ohne Konsequenzen zu sein, artikuliert sich nicht in breiten, gar militanten politischen Protesten wie in mediterranen Krisenstaaten, oder Großbritannien und Belgien.

Wie ist das zu verstehen? Folgt man der Jenaer Forschungsgruppe um Klaus Dörre, liegt der Schlüssel für dieses Rätsel in einer eigentümlichen Spaltung des Alltagsbewusstseins, die sich auf die Formel bringen lässt: „guter Betrieb – schlechte Gesellschaft“. Systemkritik bündelt sich demnach in der Zivilgesellschaft, ist aber nicht arbeitgesellschaftlich

geerdet. Eine andere Interpretation kommt aus der Bielefelder Rechtsextremismus-Forschung, die von wachsendem Fatalismus im gesellschaftlichen Unten und mentaler, politischer Verrohung der ökonomischen Eliten und ihrer kulturellen Sprachrohre ausgeht.

Unsere Befunde

Obleich beide Ansätze wichtige Erklärungsfaktoren benennen, kommt unsere eigene Untersuchung zu anderen Befunden. Um drei zu benennen:

1. Die systemische Verdichtung von Kritik ist nur zum Teil ein Ergebnis der aktuellen Krise. Die soziale und ökonomische Ent-

wicklung wird vielmehr als ein permanenter Krisenprozess wahrgenommen. Nicht zuletzt die längerwährenden Erfahrungen sind dafür verantwortlich, dass ein direkter Rückschluss von „objektiver“ Krisenbetroffenheit auf die subjektive Krisenwahrnehmung kaum möglich ist. So wird eine individuelle Krisenbetroffenheit, ein besonderes Leiden unter der Krise, nicht durchgängig von denjenigen am stärksten artikuliert, die hinsichtlich Arbeitsplatzsicherheit sowie in Hinblick auf die finanziellen Folgen eigentlich am ehesten zu den „Krisenopfern“ zu zählen wären. Denn gerade unter ihnen finden sich viele, die aufgrund vergangener betriebli-

(Fortsetzung auf Seite 2)

Krise ohne Konflikt?

Donnerstag, 29. März 2012, 20:00-21:30 Uhr
Bürgerhaus Kalk, Kalk-Mülheimer-Str. 58, Köln-Kalk

Richard Detje, Mitarbeiter von WISSENTTransfer und
Redakteur der Zeitschrift Sozialismus,

stellt die Studie „Krise ohne Konflikt? Interessen- und Handlungsorientierungen im Betrieb – die Sicht von Betroffenen“ des Münchner Instituts für Sozialwissenschaftliche Forschung vor.

cher Erfahrungen oder vor dem Hintergrund einer durch Unsicherheit und Brüche geprägten Erwerbsbiografie eine generalisierte Kompetenz zum Umgang mit prekären Lebens- und Beschäftigungsverhältnissen entwickelt haben.

2. Die Krise finanzmarktgetriebener Akkumulation unterscheidet sich von Krisenprozessen am Ende der fordistischen Prosperitätsphase Mitte der 1970er und Anfang der 1980er Jahre. Auch in ihren augenscheinlichen Formen: Nicht mehr unverkäufliche Waren und überquellende Lager sondern Fehlspekulationen auf den Immobilien- und Finanzmärkten prägen die Krisenwahrnehmung. Die Krise erscheint damit in der fetischisierten Form des Geldkapitals, die mit dem sozialen Prozess der Reichtumsproduktion nur noch auf höchst komplexe Weise vermittelt ist. Umso mehr täte Aufklärung Not – die jedoch als organisierter Prozess in den letzten Jahren kaum stattgefunden hat. Zwischen zivilgesellschaftlichen Bewegungen und arbeitsgesellschaftlichen Akteuren klappt weiterhin, teilweise mehr als zuvor eine tiefe Kluft, gewerkschaftliche Aufklärung auf verhaltenem Niveau hat kaum die eigenen Funktionäre erreicht und eine nahezu Allparteienkoalition im politische System erweist sich als unfähig, die Krise des Neoliberalismus zu bearbeiten. Lernprozesse sucht man so vergebens.

3. Zumindest Lernprozesse, die Ursachen ergründen und Alternativen aufscheinen lassen. Demgegenüber scheint das Kapital aus der Krise ganz immanent gelernt zu haben: wie die Arbeit weiter intensiviert und die Arbeitszeiten so flexibilisiert werden können, dass die Utopie der „atmenden Fabrik“ konkret geworden ist. Es ist diese „Ultraflexibilisierung“, die gegen die Formel vom „guten Betrieb“ spricht. Und die zugleich je-

de Menge Wut erzeugt, nicht in Fatalismus mündet. Aber nicht nur fehlende Lernprozesse verhängen den Blick auf Alternativen. Systemkritik nimmt unserer Untersuchung nach die Form „adressatenloser Wut“ an: nicht das eigene Unternehmen, nicht die eigene Hausbank sind als Krisenverantwortliche zu identifizieren – auch das Management „macht nur seinen Job“. Systemische Krisenprozesse können insofern demobilisierend sein und Ohnmachtserfahrungen verstärken.



Hamburg, 2011, 12,80 Euro

Wie könnte das aufgebrochen werden?

Dazu müsste die Diskussion überhaupt erst beginnen. Wenige Stichworte:

1. Wenn Arbeit und Betrieb die zentralen Orte der Entstehung von Krisen- und Ohnmachtserfahrungen sind, dann ist es nur folgerichtig, inhaltliche und interessenpolitische Auseinandersetzungen wie auch möglichen Widerstand und Protest wieder stärker auf diesen Ort zu fokussieren. Die „Leerstelle Betrieb“ ist in der politischen Diskussion zu schließen.

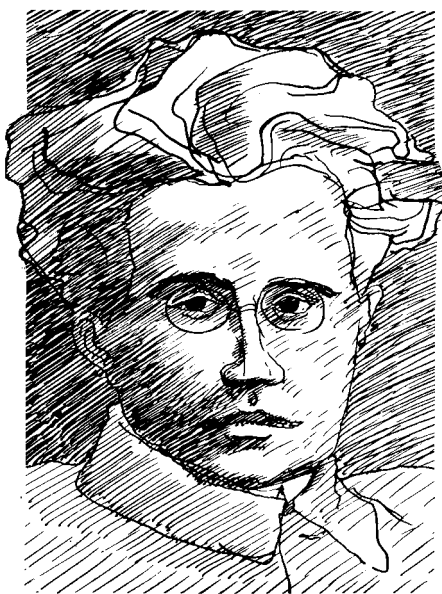
2. Es muss darum gehen, an die neue Unmittelbarkeit der „Systemerfahrung“ anzuknüpfen. Es gilt die Spielräume für Kritik, Protest und Widerstand realistisch auszuloten. Nur wenn die Einsicht darüber wächst, was tatsächlich veränderbar ist und was an die Grenzen des neoliberalen Kapitalismus und der nachfordistischen Produktionsweise stößt, können auch kritisch-realistische Handlungsstrategien entwickelt werden, die schließlich doch die Grenzen dessen sprengen, was als das Machbare erscheint.

3. Unsere Befragung hat einen erheblichen Bedarf an Diskussion und Reflexion über Krisenursachen, über grundsätzliche ökonomische Zusammenhänge, gezeigt. Die Delegitimierung politischer Akteure machen die individuelle wie kollektive Auseinandersetzung mit Systemzwängen unausweichlich. Dies ist die Basis für die Entwicklung einer eigenen Interessensperspektive, die notwendigen Widerstand aus den eigenen Arbeits- und Reproduktionsinteressen begründet. Dies ist eine zentrale Herausforderung für die Gewerkschaften: Die Unmittelbarkeit von Systemerfahrungen zu nutzen und mit der Aufklärung über Systemzusammenhänge zu verbinden.

4. So wichtig es ist, Arbeit und Betrieb als Ort für Reflexion und Veränderung wiederzuentdecken, so wichtig ist es auch, die Verbindungslinien zu weiteren gesellschaftlichen Konfliktfeldern und Auseinandersetzungen herzustellen. Die Forderungen nach einem stärkeren politischen Engagement der Gewerkschaften, die wir vorgefunden haben, beinhalten zugleich den Wunsch nach Beteiligung und die Hoffnung auf Mobilisierung. Die Reflexion der Ohnmachtserfahrungen war und ist der erste Schritt, sich mit ihren Ursachen auseinanderzusetzen und politisch handlungsfähig zu werden.

Verein zur Förderung der politischen Kultur: Tätigkeitsbericht 2011

Für 2011 legen wir eine Bilanz unserer Arbeit vor, mit der wir erneut zufrieden sind. Zu aktuellen Themen konnten wir interessante Veranstaltungen anbieten, haben uns erfolgreich an den thematischen Berührungspunkten von LINKEN und SPD positioniert und die Kontakte zu den Gewerkschaften gepflegt.



Antonio Gramsci

Veranstaltungen

In 2011 fanden vier **Theoriekreise** statt:

- Grüner Höhenflug; Ref.: Friedrich Carl (Februar)
- Creative Class; Ref.: Hans Günter Bell (Mai)
- Krise und Ereignis. 27 Thesen zum Kommunismus; Ref.: Thomas Seibert (Juli)

- Eine linke Positionierung zur UN; Ref.: Paul Schäfer (November)

Im Rahmen unseres „**Sommerprogramms**“ nahmen Mitglieder und Freunde unseres Vereins am UZ-Pressfest (Juni) und an der Sommerakademie der Sozialistischen Linken in Bielefeld teil (Juli); wegen eines angekündigten Unwetters sind wir statt auf dem Rheinsteig einen weiteren Abschnitt des „KölnPfad“ gewandert (August).

Das Programm der LINKEN. in der Diskussion

Mit Unterstützung der Rosa-Luxemburg-Stiftung haben wir im März eine Tagung durchgeführt, um aus Sicht der „Herforder Thesen“ über das Programm der LINKEN. zu diskutieren.

Die Beiträge von Kurt Neumann, Friedrich Carl / Paul Oehlke, Lucas Zeise und Diether Dehm haben wir in einer Broschüre (Heft 3 unserer Schriftenreihe) dokumentiert.

Kooperationen

Unserem politischen Ansatz entsprechend, eine plurale Linke für fördern, haben wir erneut mit zahlreichen Partnern kooperiert:

Als Vertreter unseres Vereins

nahm Hans Lawitzke an einer Veranstaltung der **DGB-Jugend Köln** und der **Friedrich-Ebert-Stiftung** zum Memorandum Alternative Wirtschaftspolitik mit dem Schwerpunkt auf Wirtschaftsdemokratie teil (im Mai).

Auf einer gemeinsamen Veranstaltung mit der organisierten Parteilinken der SPD, dem **Forum DL 21**, stellt Prof. Hansjörg Herr im SPD-Parteihaus das Buch „Der gute Kapitalismus“ vor (im Oktober).

Gemeinsam mit den Studierendenorganisationen **DIE LINKE. SDS** und **Der Wendepunkt. Junge Sozialisten an der Uni Köln** hatten wir Dr. Ing. Peter Brödner an der Kölner Uni zu Gast, der mit uns über „Wissensarbeit und ‚kreativen Sozialismus‘ des 21. Jahrhunderts“ diskutierte (im November).

Veröffentlichungen:

Im Jahr 2011 ist eine Ausgabe des „SoFoR-Info“ erschienen.

Weitere Standbeine der Öffentlichkeitsarbeit sind unsere Internetseite, unsere Facebook-Seite und die „Lokalberichte Köln“, deren Mitherausgeber wir sind.

Wie erwähnt haben wir Beiträge zur Programmdebatte der LINKEN als Heft 3 unserer Schriftenreihe veröffentlicht.

Köln, im Dezember 2011

Immer einen Blick wert:

<http://www.sf-rheinland.de>

Impressum: Herausgeber und Kontakt
Verein zur Förderung der politischen Kultur
Postfach 210606, 50531 Köln
E-Mail: info@sf-rheinland.de

Steuereinnahmen – Es darf ein bisschen mehr sein

Auch wenn das im Wesentlichen durch Lohnverzicht getriebene Wachstum Steuermehreinnahmen mit sich bringt, reichen diese bei Weitem nicht aus, um die öffentlichen Kassen in einen Zustand zu versetzen, der statt Mängelverwaltung und Ausgabenkürzung ein attraktives öffentliches Angebot möglich macht.

Steuereinnahmen 2011

Die nebenstehende Übersicht zeigt, dass – mit Ausnahme der Gemeinden – selbst im Aufschwungsjahr 2011 die geplanten Ausgaben der öffentlichen Hand deutlich über den erwarteten Steuereinnahmen liegen.

Die Bundesregierung möchte dem chronischen Schiefstand durch Ausgabenkürzung beikommen und nimmt eine weitere Zunahme der Verteilungsungleichheit in Kauf. Genau das Gegenteil ist wäre aber richtig: **Höhere Steuern für bessere öffentliche Leistung und mehr Verteilungsgerechtigkeit.**

Was tun?

Knapp skizziert müsste eine Steuerreform folgende Element enthalten:

Vermögensabgabe und Vermögenssteuer

Die Vorschläge einer einmaligen Abgabe auf große Vermögen, wie die Grünen sie befürworten, und die einer dauerhaften Besteuerung von Vermögen sollten nicht gegeneinander, sondern ergänzend diskutiert werden. Jedes Prozent einer Vermögensabgabe ab einem Vermögen von 1 Mio €, trifft nur die reichsten 0,6% der Bevölkerung und bringt rd. 19 Mrd. € jährlich. Mit einer einmaligen Abgabe von 5,3% könnte die krisenbedingte Erhöhung der öffentlichen Verschuldung von 100

Mrd. € gedeckt werden. Für die Folgejahre wären eine Absenkung des Freibetrags und ein vermögensabhängig gestaffelter Satz denkbar.

Senkung unter Rot-Grün in 2001 nochmals um fast 10 Prozentpunkte reduziert. Argumentiert wurde immer mit der notwendigen Wettbewerbsfähigkeit des

	Steuereinnahmen Mrd. €	Ausgaben Mrd. €	Deckungslücke Mrd. €
Bund	247,9	305,8	-57,9
Länder	224,3	294,5	-70,2
Gemeinden	30,5	29,3	1,2
EU	24,4	n.a.	n.a.
Gesamt	527,1	629,55**	126,9**

* keine Angaben möglich, da keine Aufteilung des Haushaltes nach Länderbeitrag

** ohne EU

Quelle: BMF, Deutscher Städtetag, eigene Zusammenstellung

Erhöhung der Einkommensteuersätze

Der jetzige Spitzensteuersatz liegt bei 42%. Die Reichensteuer mit 45% greift ab einem Einkommen von 250.000 €. Bei einem Einkommen von 1 Mio. € führt das zu einer vergleichsweise geringen zusätzlichen Belastung von 22.000 €. Statt dieser Alibisteuer sollte der Tarif für Besserverdienende ab Einkommen von 60.000 € angehoben werden, wobei bei der Ausgestaltung sichergestellt werden muss, dass weniger Verdienende nicht zusätzlich belastet werden.

Erhöhung der Unternehmenssteuern

Auch wenn man der Regierung zu Gute halten muss, dass sie gerade in den letzten Jahren versucht, Steuerverlagerungsmöglichkeiten und Sparmodelle deutlich einzuschränken, darf der Preis dafür nicht übersehen werden: Die Steuerbelastung für Unternehmensgewinne wurde in 2008 nach der beispiellosen

Unternehmenssteuerrechts und der Gefahr von Abwanderungen. Empirisch eindeutig nachweisen lässt sich der Zusammenhang zwischen Investitionen, Arbeitsplatzaufbau und Steuersatz aber nicht. Daher ist es auch hier Zeit für eine Trendwende, die Deutschland mit höheren Steuersätzen auf Unternehmensgewinne einleiten sollte, wobei die Gewerbesteuer als eigenständige Gemeindesteuer ausgebaut statt abgeschafft werden muss.

Ökologische Steuerreform

Das Thema ist heikel: Die deutsche produzierende Industrie ist in der Regel energieintensiv. Eine zu starke Belastung von Energie wirkt sich direkt auf das operative Ergebnis aus und könnte zu echten Verlagerungen führen. Andererseits ist es aber auch nicht hinnehmbar, dass der ökologische Umbau allein auf dem Rücken der privaten Letztverbraucher ausgetragen wird. Es gilt, hier einen tragbaren Kompromiss zu finden.

Astrid Kaus